

Antrag auf Ermäßigung der Teilnahmegebühren für die OGTS

Hiermit beantrage ich/wir eine Ermäßigung der Teilnahmegebühren für die OGTS

ab _____ für das/die Kind/er Betreuungszeiten:
1. _____, geb. _____
2. _____, geb. _____
3. _____, geb. _____

Angaben zum/zur AntragstellerIn

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Anschrift: _____

Im gleichen Haushalt lebende Familienmitglieder und andere Personen :

Name, Vorname

1. _____, geb. _____

2. _____, geb. _____

3. _____, geb. _____

4. _____, geb. _____

5. _____, geb. _____

1. Einkünfte

**Wir beziehen derzeit Leistungen nach dem SGB II (ALG 2), SGB XII
(Grundsicherung) oder Asylbewerberleistungsgesetz
(Bitte den aktuellen Bewilligungsbescheid beifügen; weitere Angaben sind nicht
erforderlich)**

Ja

Nein

Die nachfolgenden Angaben sind nur notwendig, wenn die vorstehende Frage mit „Nein“ beantwortet wurde! Ansonsten weiter zu Ziffer 2.

Die Einkünfte und Belastungen sind durch entsprechende Nachweise zu belegen.

Arbeitsverdienst (Antragsteller)	€
Arbeitsverdienst (weiterer Haushaltsangehöriger)	€
Unterhalt	€
Unterhaltsvorschuss	€
Arbeitslosengeld I	€
Kindergeld	€
Wohngeld	€
Zinsen aus Kapitaleinkünften	€
BAföG oder BAB-Leistungen	€
Zuschuss zu Kinderbetreuungskosten (Arbeitsamt/Jobcenter)	€
Rente /Waisenrente/Witwenrente	€
Erziehungs-/Elterngeld	€
Betreuungsgeld	€
Kinderzuschlag nach § 6 BKGG	€
Insgesamt	€
Miete/Hausbelastung:	€
Heizung:	€

Anmerkung: Die Hausbelastung ist gesondert nachzuweisen, **Tilgungsbeträge** finden **keine** Berücksichtigung (Vermögensbildung).

2. Hinweise und Schlusserklärung:

Ich versichere, dass sämtliche Erklärungen der Wahrheit entsprechen. Insbesondere erkläre ich, dass ich alle Angaben über meine häuslichen Verhältnisse wahrheitsgemäß gemacht habe. Alle Personen, die sich im Haushalt aufhalten, wurden - unabhängig von verwandtschaftlichen Bindungen - aufgeführt. Die Angaben zum Einkommen sind lückenlos und entsprechen der Wahrheit. Ich bin mir darüber im Klaren, dass falsche Angaben zu einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Betrug führen können und dass zu Unrecht erhaltene Leistungen zu erstatten sind.

Ich nehme zur Kenntnis, dass ich verpflichtet bin, Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich bei der Stadt Schwentimental, anzuzeigen (§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I). Deshalb werde ich unaufgefordert insbesondere alle Änderungen in den Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie in den häuslichen Verhältnissen (z. B. durch Zu- oder Wegzug von Personen) anzeigen.

.....
(Ort, Datum, Unterschrift)